Nr. 175 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 15. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Nassanzeile 91 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunsttag 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Russen in Lemberg, Pinsk, Minsk und Odessa

W. Wien, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Wiener „Mittag" meldet: Nach hier eingegangenen Berichten sind die Bolschewisten am Sonntag gegen 5 Uhr nachmittags in den südlichen Vororten Lembergs eingerückt. Die Telephonverbindungen von Warschau und Prag nach Lemberg sind seit Sonnabend unterbrochen.

W. Warschau, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Minsk ist im Nachtkampf von den Bolschewisten genommen worden. Der Fall von Molodeznow ist nur eine Frage von kurzer Frist. Wilna bereitet die Verteidigung vor. Bei der Räumung von Ploskinow in der Ukraine wurde der polnische Zivilkommissar für Wolhynien und Podolien von den Bolschewisten im Eisenbahnzug überfallen und fortgeführt.

× Kopenhagen, 14. Juli. Im polnischen Heeresbericht wird mitgeteilt: Nach schweren Kämpfen hat der Feind Minsk besetzt. Der Kampf dauert südlich und südöstlich von Minsk fort.

⊕ Zürich, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Corriere della Sera" meldet durch Funkspruch: Odessa ist am 9. Juli durch Truppen der Roten Armee besetzt. „Secolo" meldet aus Riga: Pinsk ist am 10. Juli von den Truppen der Roten Armee genommen worden.

•

Die Forderungen der Alliierten

* Warschau, 14. Juli. Der polnische Ministerpräsident Grabski wird heute aus Spa zurückerwartet. Ueber die von ihm erreichten Ergebnisse liegen amtlich noch keine Meldungen vor. Ein Paderewski nahestehendes Blatt berichtet lediglich, daß die von Lloyd George gestellten und von Grabski angenommenen Bedingungen für die Friedensvermittlung zwischen Moskau und Warschau überaus schwer seien. Von privater Seite will man wissen, daß es sich in erster Linie um den polnischen Verzicht auf Dünaburg, Wilna, Minsk, Podolien und Wolhynien sowie um den Rückzug Polens hinter seine ethnographische Ostgrenze handele. — „Times" melden, daß der Sowjetregierung sieben Tage Zeit gegeben worden sei, um auf die am letzten Sonnabend telegraphierte Note der englischen Regierung über den Waffenstillstand mit Polen zu antworten. Die Antwort Moskaus wird nicht vor Freitag erwartet.

Polen nimmt die Bedingungen an?

☞ Warschau, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie ein Pariser Funkspruch meldet, hat sich der in Spa weilende Ministerpräsident Grabski bereit erklärt, einen Waffenstillstand mit Sowjetrußland auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker abzuschließen. Dem Funkspruch zufolge will die polnische Regierung auf Wilna verzichten und ihre Truppen auf der ganzen 200 Kilometer langen Front von der Beresina zurückziehen. Ferner ist sie bereit, über die ostgalizische Frage nochmals zu verhandeln, obwohl diese von der Botschafter-Konferenz bereits zugunsten Polens entschieden ist.

•

Revolutionsgerüchte aus Warschau

* Breslau, 13. Juli. Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle, die hier aus Polen eingetroffen sind, soll Warschau dicht vor der Revolution stehen. (Wir verzeichnen diese Meldung mit allem Vorbehalt. Es ist wahrscheinlich, daß es sich dabei nur um Kombinationen handelt. — D. Red.)

•

Frieden zwischen Litauen und Rußland

* Kopenhagen, 14. Juli. Laut „Berlingske Tidende" ist am Montag der Friede zwischen Litauen und Sowjetrußland unterzeichnet worden. Er soll für Litauen günstig sein. Die litauische Friedensdelegation hat die Rückreise nach Kowno angetreten.

•

Litauische Mobilisierung

T. Tilsit, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen von der Grenze hat Litauen am Sonntag die allgemeine Mobilisierung ausgeschrieben. Bei Dünaburg sind Truppen mit Artillerie zusammengezogen.

Polnischer Protest gegen das Abstimmungsergebnis

kg. Rotterdam, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet am Dienstag früh: Die polnische Regierung hat dem Alliiertenrat die Protesterhebung gegen die Abstimmungsergebnisse in Ost- und Westpreußen angekündigt. Die Begründung des polnischen Protestes soll innerhalb vierzehn Tagen dem Alliiertenrat zugehen.

•

Polnische Stimmen für Deutschland

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Königsberg haben im Abstimmungsgebiet Allenstein etwa acht Prozent Polen ihre Stimme für Deutschland abgegeben.

•

Die Entscheidung der Alliierten

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Allenstein trifft die italienische Besatzungstruppe Vorbereitungen zum Abstimmungsgebiet am Anfang des nächsten Monats zu verlassen. Die Entscheidung des Alliiertenrates über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Abstimmungsgebiete soll nach einer Havas-Meldung in der letzten Juli-Woche erfolgen. — Wie die „Deutsche Allgem. Ztg." hört, ist die polnische Regierung offiziell von alliierter Seite dahin verständigt worden, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September oder spätestens Anfang Oktober stattfinden wird.

Kommissionsberatungen in Spa

☞ Basel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Französischen Blättermeldungen zufolge hat die Konferenz von Spa in der Frage der Wiedergutmachung dahin entschieden, daß über die deutsche Vorlage ein Bericht eingeholt werden soll. Die hierfür eingesetzte gemischte Kommission wird alle Erklärungen der deutschen Delegation über die genauen Mittel und Wege für eine Verwirklichung dieser Vorlage anhören und alsdann die praktische Tragweite und Wirkung der deutschen Vorlage in einem Bericht niederlegen. Darauf erst wird die Konferenz ihrerseits diese Fragen behandeln.

× Paris, 13. Juli. Der Kommission, die die deutschen Vorschläge prüfen soll, gehören der englische, der italienische und der französische Botschafter in Berlin an. Der italienische Botschafter ist zu diesem Zwecke eiligst nach Spa abgereist.

•

Die „Times" verlangen ein Diktat

kg. Rotterdam, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" geben einen Stimmungsbericht über die Spaer Konferenz aus, der es für ausgeschlossen erklärt, ohne ein neues Diktat zu einer Uebereinkunft mit den Deutschen zu gelangen.

•

Die übliche Drohung

☞ Spa, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Auf Grund der mit äußerster Dringlichkeit nach der gestrigen Sitzung erfolgten Berufung des Marschalls Foch und Wilsons nach Spa verlautet in alliierten Journalistenkreisen, daß die Entente, da nun nach tagelangen Verhandlungen noch immer kein Ergebnis über die Kohlenfrage erzielt worden ist, die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu besetzen.

•

Keine Lösung der Spannung

Vertagung auf unbestimmte Zeit

Von unserm Sonderberichterstatter

Spa, 13. Juli

Nach den Erfahrungen vom letzten Sonnabend wird man gut tun, alle optimistischen Anzeichen um so strenger zu beurteilen, als augenblicklich in der Tat für die vorhandenen Schwierigkeiten eine wirklich aussichtsvolle Lösung endgültig noch nicht gefunden ist. Ohne Zweifel besteht ein großer Fortschritt darin, daß die Beratungen der Sachverständigen unter einander an Intensität beträchtlich zugenommen haben, so daß heute sogar von einer Vollsitzung vollständig abgesehen wird, während die Kommissionen den ganzen Tag hindurch tätig waren und voraussichtlich des Abends die Chefs der Delegationen ebenso wieder zusammentreten, wie dies gestern geschehen ist. Ob es sich dabei bloß um eine Verabredung über das morgige Tagesprogramm oder um Erörterung der schwebenden Angelegenheiten selber handelt, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Sehr bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß Millerand darauf verzichtet, morgen zum Nationalfest in Paris zu sein. Daran ist bei Aufstellung des Konferenzprogramms für Spa nicht gedacht worden, und es erhellt daraus, welche Bedeutung auch die Franzosen den Veränderungen beilegen, die nun einmal trotz allem durch den bisherigen Konferenzverlauf in den Beziehungen zwischen der Entente und der deutschen Delegation eingetreten sind.

So groß unter den Mitgliedern der deutschen Delegation die Entrüstung ist über den

brutalen Ueberfall,

der heute nacht an dem Vertreter des Wolff-Bureaus Stoklossa durch einen belgischen Offizier begangen wurde, so wird doch auf allen Seiten die größte Zurückhaltung gezeigt. Die Behandlung dieser schweren Verletzung internationaler Verpflichtungen, die dabei erfolgte, geschieht streng formell. Es wird auch in kürzester Frist wohl ein amtliches Communiqué über die ganze Angelegenheit erfolgen. Stoklossa war durch die rohen Angriffe des belgischen Offiziers und seines Begleiters in Zivil fast bewußtlos geworden, so daß er nur mit dem durch einen deutschen Herrn aus dem Hotel Annette et Lubin herbeigerufenen Automobil nach seiner Wohnung zurückkehren konnte, wo er heute bettlägerig ist. Nach den Schilderungen von unparteiischen Zuschauern ist es ein Wunder, daß dieser schmachvolle Roheitsakt von Belgiern, die doch dem Anschein nach nicht zu den ungebildeten Kreisen gehörten, für den Betroffenen bei dem Kostenaufwand des Angreifers noch einen verhältnismäßig glimpflichen Verlauf zu nehmen scheint.

Zur Angelegenheit Stoklossa meldet der belgische Polizeibericht, daß ein kriegsbeschädigter Offizier, der

seines Geisteszustandes nicht mehr mächtig (?)

gewesen sei, sich, ohne herausgefordert worden zu sein, zu der Mißhandlung habe hinreißen lassen. Es ist dabei verwunderlich, daß trotzdem ein Teil der belgischen Presse den Vorfall in unwahrer Weise zu entstellen versucht, indem sie behauptet, es sei von deutscher Seite ein herausforderndes Wesen zur Schau getragen worden. Es wird in dieser Presse behauptet, man habe beim Reichskanzler Fehrenbach eine Beschwerde eingereicht. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Eine Note ist an den Generalsekretär der Konferenz und an die belgische Regierung gerichtet worden. Von belgischer Seite ist bereits das Bedauern über den Vorfall ausgesprochen worden. Die deutsche Regierung hat sich, um volle Genugtuung zu erhalten, weitere Schritte vorbehalten.

•

Die Spannung, die in den letzten Tagen über den Verhandlungen der beiderseitigen Sachverständigen lag, ist auch durch die heutigen Verhandlungen in keiner Weise gelöst worden. Wenn man glaubte, daß ein Ausgleich zwischen dem Angebot der deutschen Delegation in der Kohlenfrage und der Forderung der Alliierten gefunden werden würde, so hat die heutige Sitzung des engeren Rates gezeigt, daß hier

vorläufig unüberbrückbare Gegensätze

vorhanden zu sein scheinen. Von den frühen Morgenstunden an hatte man sich in der Sachverständigenkonferenz bemüht, die monatliche Tonnenlieferung an die Alliierten festzusetzen. Da eine Einigung jedoch nicht zustande kam, beschloß der Ministerrat, der am Nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Fehrenbach tagte, mit der von der Entente gewünschten Auskunft zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittagssitzung des engeren Rates die Kohlenlieferung festgestellt worden sei, die als unverrückbare Basis für jedes wirtschaftliche Angebot durch Deutschland anzusehen sei. Auch die gemischte Kommission, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage zu beschäftigen hatte, war am Vormittag zusammengetreten. Wie schon in früheren Besprechungen, so legten auch heute die Vertreter der Entente den größten Nachdruck auf eine bestimmte zahlenmäßig festgesetzte Höhe unsres finanziellen Angebots, das der Reichsminister Wirth, der an dieser Besprechung teilnahm, für den Nachmittag in Aussicht stellte. Mit großem Interesse sah man daher der

Nachmittagssitzung des engeren Rates

entgegen, in der Reichsminister Dr. Simons die Gründe entwickelte, aus denen heraus es unmöglich sei, eine Zusage in der Kohlenlieferung zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und Arbeiter finden würde. Er könne höchstens zusagen, die Tageslieferungen vom 1. Oktober 1920 an auf 66 000 und vom 1. Oktober 1921 an auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde, so fuhr Dr. Simons fort, sei eine nicht unerhebliche Steigerung der Kohlenlieferung zu erwarten. Es würde daher nötig sein, den Abstimmungstermin in Oberschlesien so bald wie möglich anzusetzen. Noch besser würde es sein, wenn man die Abstimmung überhaupt aufgebe und über die Kohlenlieferung an Polen und die andern auf die oberschlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Verbündeten eine Vereinbarung träfe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationaler Hypothek auf die deutschen Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Die Abstimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhaften als die in Schleswig und Allenstein; sie werde aber von uns nicht gefürchtet; was wir fürchten, sei nicht die Abstimmung, sondern die mit ihr verbundene Unruhe und Verfeindung. Der Minister bat daher, diese Anregung zur Gewährung einer neuen Verhandlungsgrundlage in Erwägung zu ziehen.

Auf die von Minister Dr. Simons ausgesprochene Anregung erwiderte der Präsident Delacroix, daß diese die Konferenz mit großem Bedauern erfülle und eine ernste Lage schaffe und vertagte die Sitzung auf unbestimmte Zeit, ohne daß es zu irgendeinem Beschluß gekommen wäre. Die Verhandlungen sind wiederum an einem kritischen Punkt angekommen. Es herrscht allgemein große Erregung unter den Konferenzteilnehmern.

•

Die Entschuldigung

× Köln, 14. Juli. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Spa vom 13. d. M.: Nachdem der Generalsekretär der Konferenz und der belgische Minister des Aeußern bereits mündlich ihr Bedauern wegen des Ueberfalles auf den Vertreter von WTB. ausgedrückt hatten, traf heute beim Minister Dr. Simons ein besonderes Entschuldigungsschreiben ein, das dem Bedauern über den Zwischenfall Ausdruck gibt und eine strenge Untersuchung und Ahndung zusagt.

•

„Polizeistunde" für die Deutschen

× Brüssel, 14. Juli. „Fin de Siècle" berichtet, daß infolge des Zwischenfalls in Spa zwischen einem deutschen Delegierten und einem belgischen Offizier die belgische Regierung die Mitglieder der deutschen Delegation ersucht habe, die Straßen nach 11 Uhr abends ohne zwingenden Grund nicht mehr zu betreten.

•

Lloyd Georges Interesse an der Kohlenlieferung

* Köln, 14. Juli. Der Sonderberichterstatter der „K. Z." drahtet aus Spa: Lassen wir einmal die psychologischen Gründe beiseite, derentwegen die Staatsmänner des Verbandes daheim mit Zahlen aufwarten, so ist doch nicht zu verkennen, daß Lloyd George auch als angeblich unbeteiligter Berater ganz besonderen Wert auf die Kohlenziffern legt. Holen sie unsre einzige vollwertige Münze, sollte dadurch vielleicht Frankreichs Kriegsschuld an England finanziert werden bzw. einen materiellen Hintergrund bekommen? Man kann diese Sorge Lloyd Georges für berechtigte Interessen seines Landes vielleicht vom englischen Standpunkt begreifen, aber demgegenüber steht die völlige Verkennung der Lage in Deutschland.

•

Der Vertrag ist unausführbar! und soll eingehalten werden

☞ Lugano, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die hier eingetroffene neueste Ausgabe der „Epoca" gibt eine Unterredung ihres Vertreters in Spa mit Marschall Foch und General v. Seeckt wieder. Eingangs wird erwähnt, daß die bisherigen Darlegungen des deutschen Außenministers Dr. Simons in Konferenzkreisen vielfach tiefen Eindruck gemacht haben. Man nennt Simons den wahren Triumphator des Kongresses. Wie nun aus der Konferenz mit Foch hervorgeht, ist dieser nach wie vor unversöhnlich gestimmt und protestiert auf das entschiedenste gegen jede Milderung für Deutschland. Die von deutscher Seite oftmals angeführte bolschewistische Gefahr, von der wiederholt die deutschen Vertreter in ihren Reden und Ausführungen sprachen, bezeichnete Foch als Schwindel. General v. Seeckt sagte zu der Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes, daß der Versailler Vertrag ohnehin unausführbar sei, ihn aber noch zu verschlechtern bedeute Wahnsinn.

Auch andre italienische Blätter bringen Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten in Spa. So hatte der Chefredakteur des „Secolo" mit dem französischen Ministerpräsidenten eine Unterhaltung, in der Millerand jede Absicht, den Versailler Vertrag zu revidieren, ganz entschieden ablehnte. Bemerkenswert ist ferner noch die Aeußerung Millerands, daß die offizielle Anerkennung der russischen Sowjetrepublik durch die Entente unter Umständen nicht ausgeschlossen sei, falls die Moskauer Regierung ihr Verhalten ändere.

(Weiteres siehe Seite 2)

Die Entpolitisierung der Wirtschaft

Von Gustav Schneider (Leipzig)

Handelt es sich bei der „Entpolitisierung" um eines der vielen Schlagworte, die der Wahlkampf zeugte, oder steht hinter dieser „Forderung" ein praktisierbarer Begriff? Zweifellos gibt es unter den Vertretern dieser Forderung solche, die an die Möglichkeit einer Entpolitisierung der Wirtschaft glauben und die lebendigen Zusammenhänge nicht sehen, die Wirtschaft und Politik verknüpfen. Der Gedanke selbst, Wirtschaftsfragen nur nach wirtschaftlichen Erfordernissen zu entscheiden, hat natürlich etwas Bestechendes. Es ist ja bei der parteipolitischen Zersplitterung unsres Volkes so einleuchtend, daß diese Mannigfaltigkeit der politischen Anschauungen eine einheitliche Beurteilung der Wirtschaftsfragen stark beeinträchtigen muß. Deshalb ist der Wunsch, die verschiedenartige Behandlung durch eine einheitliche zu ersetzen, durchaus begreiflich. Und der oberflächliche Beurteiler kommt zu dem sehr einfach scheinen Schluß, man brauche die Wirtschaft nur den politischen Einflüssen zu entziehen, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Fort mit den „bösen Politikern", die durch ihre politischen Streitereien das Wirtschaftsleben hemmen und schwächen, und her mit den „Wirtschaftlern", die nur wirtschaftlich denken und handeln, so etwa läßt sich die Forderung nach Entpolitisierung der Wirtschaft in eine Formel bringen.

Daß der so begründete Vorrang der Wirtschaftler in Wirtschaftsfragen die unbedingte Voraussetzung haben muß, daß alle Wirtschaftler in Wirtschaftsfragen die gleiche Auffassung haben müssen, wird übersehen. Wenn der eine Teil des staatlichen Lebens — die Politik — infolge seiner mannigfaltigen Auffassung zurücktreten soll, so darf an seine Stelle nur etwas in sich Geschlossenes, Einheitliches treten, da anders ja nur der Name, aber nicht der Inhalt verändert würde. Haben nun die Wirtschaftler eine einheitliche Auffassung über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten? Es genügt, auf die schroffen Gegensätze zwischen sozialistischen und freiwirtschaftlichen Wirtschaftlern hinzuweisen, um aufzuzeigen, daß die Gegensätze hier ebenso groß sind wie in der Politik. Die grundsätzlichen Gegensätze in der Wirtschaft werden aber noch verschärft durch die Interessengegensätze der einzelnen Industrie- und Handelsgruppen. Schwerindustrie und verarbeitende Industrie, Handel und Landwirtschaft, Handwerk und Fabrik vereinigen in sich eine Anzahl sehr starker Interessengegensätze. Ueberläßt man den Ausgleich dieser Gegensätze den Interessenten — den Praktikern des Wirtschaftslebens —, dann ist klar, daß der Starke den Schwachen überwältigen wird. Man spricht zwar viel von der Ethik des Wirtschaftslebens, aber die Wirtschaft und ihre Kapitäne fragen nicht viel danach. Ihnen ist der Ertrag des Wirtschaftens — und mit Recht — die Hauptsache.

Die Wirtschaft muß die Mittel für die geistigen und kulturellen Volksbedürfnisse schaffen, daher muß sie vor allem bedacht sein, Produktion und Absatz mit allen Kräften zu steigern. In der Verfolgung dieses Ziels kennt der Praktiker des Wirtschaftslebens keine Hemmungen. Sein Betrieb wird ihm Mittelpunkt des ganzen Wirtschaftslebens sein, und von diesem Standpunkt aus wird er alle andern Wirtschaftsfragen behandeln. So würde die Entpolitisierung des Wirtschaftslebens schließlich nichts andres bedeuten, als die Entfesselung der an sich berechtigten und in ihrem Wirkungskreise durchaus notwendigen egoistischen Triebe. Denn die Politik ist es ja, die in den Kampf der Interessenten des Wirtschaftslebens den Staatsgedanken wirft. Die Gemeinschaftsidee, daß Wirtschaften nicht Selbstzweck, sondern Sache der Allgemeinheit sei. So schafft die Politik die Grundlage für den Ausgleich widerstreitender Interessen. Zerstörung dieser Grundlage treibt uns in den Taumel wirtschaftlicher Selbstsucht, wie in jede Epoche geschwächten Staatswillens mit sich bringt. Ist unsre Zeit nicht Beweis genug? Die Wirtschaft kann eben nur dann dienendes Glied der Volksgesamtheit sein und sich ruhig und stetig entwickeln, wenn sie von zielbewußten Politikern geführt wird. Das gilt für normale Zeiten, noch mehr aber für unsre Zeit, in der alle wirtschaftlichen Fragen im Schatten des Friedensvertrages — eines politischen Instruments — stehen.

Darüber aber kann gar kein Zweifel bestehen, daß diejenigen, die am lautesten nach der Entpolitisierung der Wirtschaft rufen, ein fest umrissenes politisches Ziel im Auge haben: das berufsständische Parlament! Nicht der stärkste politische Wille soll im Staate entscheidend sein, sondern die stärkste wirtschaftliche Macht. In jedem berufsständischen Parlament hat noch immer die stärkste Gruppe die Vorherrschaft gehabt. Bei einer Neubelebung dieser Einrichtung würde es sich zweifellos bald zeigen, daß sie zu einem Instrument des Großkapitalismus werden würde. Daher kommt aus diesen Kreisen der Ruf nach Entpolitisierung am lautesten. Er bedeutet im Grunde genommen aber nichts andres, als Ersetzung der gegenwärtigen Politik, die alle Wirtschaftskräfte fördern will und allen durch den demokratischen Staatsaufbau Anteil und Mitwirkung gewährt durch die eigene Politik, die Aufrichtung einer Vorherrschaft bedeutet. Dieses Ziel wird verschleiert, um Mitläufer zu gewinnen, denen man sagt, daß jede Wirtschaftsgruppe nach ihrer Bedeutung vertreten sein soll. Die überragende Bedeutung des Großkapitalismus kann nicht geleugnet werden, und so hat es für ihn mit dieser Forderung keine Gefahr. Aber das Handwerk, der Handel, die Kleinindustrie werden dann eben mit der minderen Bedeutung sich begnügen müssen. Gerade aber diesen Kreisen war und ist der gesunde Aufbau unsrer Wirtschaft zu danken; es sei nur auf die Bedeutung der sächsischen Industrie, nicht nur für den Inlandmarkt, sondern auch für den Weltmarkt hingewiesen. Diese Bedeutung würde in einem berufsständischen Parlament, in dem die groß

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200715/1